

Berliner Erklärung

Verabschiedet vom Bundesausschuß
der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
am 10. Mai 1982 in Berlin

I.

Die Atlantische Gemeinschaft ist eine Wertegemeinschaft

Das Atlantische Bündnis ist eine Gemeinschaft, die Grundwerte und Menschenrechte achtet und verteidigt und sich zu Grundsätzen und Idealen bekennt: Sie ist eine Wertegemeinschaft. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich — seit Konrad Adenauer — mit dem westlichen Bündnis nicht für eine geographische Interessengemeinschaft, sondern für eine Wertegemeinschaft entschieden. Diese Entscheidung war und ist die außenpolitische Entsprechung unserer Entscheidung für Demokratie und Freiheit, für den Rechts- und Sozialstaat. Die Gemeinschaft des Westens beruht auf einem Fundament gemeinsamer Werte und Grundüberzeugungen: Auf den Prinzipien der Demokratie, der Herrschaft des Rechts, der Freiheit der Person, der sozialen Gerechtigkeit und der universalen Menschenrechte, darunter dem des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Diese Werte werden von der Sowjetunion nicht nur in ihrem eigenen Bereich verletzt und in Frage gestellt, sondern überall dort bekämpft, wo sie die Macht dazu hat. Darin liegt die wesentliche Ursache für die Gefährdung des Friedens. Dagegen uns zu verteidigen, ist nicht nur unser Recht, sondern unsere ethische Pflicht. Denn ohne Freiheit und Menschenrechte gibt es keinen wirklichen und dauerhaften Frieden. Solange die Sowjetunion Gewalt anwendet oder ihre militärische Macht einsetzt, um ihren Zielen politischen Nachdruck zu verleihen, muß der Westen bereit sein, seine eigenen Werte zu verteidigen. Wer auf die Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten verzichtet, überantwortet die Welt gewalttätigen Mächten.

Die Atlantische Gemeinschaft ist eine Freiheitsgemeinschaft

Entstanden als Notwehr zur Eindämmung des vordringenden Kommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg, bleibt sie nach wie vor der einzig wirksame Garant für unsere äußere und innere Freiheit. Das Beispiel der Polen zeigt: Es ist schwer, mehr Freiheit zu gewinnen, wenn sie einmal verloren ist. „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit.“

Das Atlantische Bündnis ist eine Freiheitsgemeinschaft nach außen, indem sie unsere Freiheit verteidigt, sie ist es aber auch nach innen, indem sie auf der freiwilligen Zustimmung ihrer Mitglieder beruht.

Die Atlantische Gemeinschaft ist eine Friedensgemeinschaft

Sie hat nicht nur in Europa über dreißig Jahre — eine historisch ungewöhnlich lange Periode — den Krieg verhindert. Ihr Ziel ist die Verhinderung von Krieg und Erpressung durch Abschreckung und Verteidigungsbereitschaft, um vor Anwendung von Gewalt oder Drohung mit Gewalt abzuschrecken. Das Atlantische Bündnis ist der Garant des Friedens. Bündnispolitik ist Friedenspolitik.

Im Gegensatz zum Atlantischen Bündnis hat der Warschauer Pakt unter Führung der Sowjetunion zur Durchsetzung seiner Ziele immer wieder Gewalt angewendet oder damit gedroht (DDR, Ungarn, CSSR, Afghanistan, Polen). Indem er das Gewaltverbot des geltenden Völkerrechts, wie es in den Ostverträgen und in der Schlußakte von Helsinki bekräftigt wird, ständig verletzt, gefährdet der Warschauer Pakt den Frieden.

II.

Neue Herausforderungen

Bei vielen Mitbürgern vollzieht sich ohne bedenkliche Bewußtseinsveränderung, die die Bedrohung durch die Sowjetunion unterschätzt, den grundsätzlichen Unterschied zwischen freiheitlicher Demokratie und totalitärer Diktatur verleugnet und die millionenfachen Menschenrechtsverletzungen durch die Kommunisten überall auf der Welt verharmlost. Daher muß die Atlantische Gemeinschaft als **Wertegemeinschaft** wieder stärker im Bewußtsein der Bevölkerung verankert werden. Dazu gehört insbesondere die Einsicht, daß die Unvereinbarkeit von freiheitlicher Demokratie und totalitärer Diktatur, die Unversöhnlichkeit von Freiheitsstaat und Zwangsstaat, die eigentliche Ursache für den Ost-West-Konflikt darstellt. Nicht die Waffen sind es, die uns bedro-

hen, es ist die hinter ihnen stehende Machtpolitik der UdSSR, die auf Gewalt setzt, während wir auf sie verzichtet haben.

Das Bündnis ist militärisch defensiv; es muß aber, als Wertegemeinschaft, moralisch-geistig offensiv sein, um Menschenrechte, Freiheit und Gerechtigkeit und damit den wahren Frieden auf allen Kontinenten durchzusetzen. Militärisch muß das Atlantische Bündnis auf sein Vertragsgebiet beschränkt bleiben. Die Atlantische Gemeinschaft muß aber mit ihrer Idee von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden geistig und politisch stärker als bisher in die ganze Welt ausstrahlen. Das schließt für die Bundesrepublik Deutschland und für die drei Westmächte die Forderung ein, sich unermüdlich mit allen friedlichen Mitteln für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des ganzen deutschen Volkes und für die Menschenrechte jener Deutschen einzusetzen, die noch immer in Unfreiheit leben müssen. Alle Mächte schulden dem deutschen Volk die Wiederherstellung der Einheit in Freiheit.

Die Staaten des Atlantischen Bündnisses müssen verstärkt die Länder der Dritten Welt unterstützen, damit sie eine Entwicklung nehmen können, an deren Ende sich „Friede“ als „Werk der Gerechtigkeit“ einstellt. Die CDU sieht darin eine besondere Aufgabe: sie wird ihre Anstrengungen im Bereich politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hilfeleistung verstärken. Christlich-demokratische Politik ist oft die einzige Alternative zu rechten oder linken Diktaturen.

Als Friedensgemeinschaft steht das Atlantische Bündnis vor einer neuen Herausforderung. Sie heißt: Abrüstung. Die CDU will Abrüstung und Sicherheit. Im Hamburger Beschluß haben wir formuliert: „Das wichtigste aktuelle außenpolitische Ziel ist die allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau — unter der Voraussetzung unverminderter Sicherheit.“

Einseitige Abrüstung beseitigt das Risiko für den Gebrauch militärischer Macht und verführt damit zur Gewaltanwendung. Sie mindert außerdem den Anreiz zu **beiderseitiger** Abrüstung.

Die CDU hält nach wie vor am Doppelbeschluß der NATO fest: er ist ein Fahrplan zur Abrüstung. Je entschlossener dieser Beschluß in seinen beiden Teilen vertreten wird, desto besser sind die Chancen zu einer kontrollierten Abrüstung auf beiden Seiten. Deshalb ist die CDU der bessere Garant für eine allseitige Abrüstung als die SPD. Die Abrüstungsverhandlungen werden nicht am Abrüstungswillen des Westens scheitern. Die CDU sieht in ihnen das Tor zu einer friedlicheren Welt bei verminderter Rüstung. Wir finden uns mit dem Status quo einer hochgerüsteten Welt nicht ab.

Frieden schaffen ohne Waffen: das ist ein verständlicher Wunsch, aber leider eine gefährliche Illusion.

Frieden schaffen nur durch Waffen: das wäre eine tödliche Verblendung.

Frieden schaffen mit immer weniger Waffen: das ist das Gebot der Stunde. Ernsthafte Verhandlungen über Rüstungsstopp und Abrüstung halten wir für ein ethisches Postulat.

Das Atlantische Bündnis hat sich — als Friedensgemeinschaft — stets zum Gewaltverzicht bekannt und auch danach gehandelt. Gewaltverzicht bedeutet nicht Kapitulation. Um unserer Werte willen sind wir zu Verteidigungsanstrengungen bereit. Wir wollen den Frieden wahren und die Freiheit sichern. Frieden, Freiheit und Sicherheit der westlichen Welt sind unteilbar. Für die Bundesrepublik Deutschland gibt es keinen neutralistischen Weg, um Frieden und Freiheit zu sichern.

Wir treten ein für eine Politik aktiver Friedenssicherung mit dem Ziel, eine dauerhafte Friedensordnung in Europa zu schaffen und damit auch die Spaltung Europas und Deutschlands zu überwinden. Zu den Instrumenten dieser Aufgaben gehören die Internationalen Menschenrechtspakte, der Deutschlandvertrag, die Grundsätze und Ziele der Vereinten Nationen; auch — auf der Grundlage richtiger Auslegung und Sinnggebung — die Ostverträge und die Schlußakte von Helsinki. Unerläßlich sind darüber hinaus ernsthafte Verhandlungen mit dem Ziel ausgewogener und überprüfbarer Verträge über Truppenabbau, Rüstungskontrolle, Abrüstung und Minderung des Rüstungsexports.

Die westliche Welt steht auch als **Freiheitsgemeinschaft** vor neuen Aufgaben. Die Freiheit derer, die in ihr leben dürfen, zu bewahren, das ist der Sinn des Atlantischen Bündnisses als eines **Verteidigungsbündnisses**. Die Bewahrung unserer Freiheit ist zugleich ein Signal der Hoffnung für jene, die gegenwärtig noch in Unfreiheit leben. Der Verzicht auf den freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat, wie er von Kräften der Friedensbewegung unter dem Stichwort „Soziale Verteidigung“ vertreten wird, würde Hunderte von Millionen Menschen, die in totalitären Systemen leben müssen, in die Hoffnungslosigkeit stürzen. Der Wille zur gemeinsamen Verteidigung der Freiheit verbindet die Mitglieder des Bündnisses und bestimmt ihre Bereitschaft, die Lasten der Verteidigung gemeinsam zu tragen.

Neben der Aufgabe, die Verteidigungsbereitschaft und die Verteidigungsfähigkeit zu erhalten, steht die Aufgabe, durch **Zusammenarbeit** auch mit den Ländern des Ostens das Schicksal der Menschen zu verbessern und ihnen mehr Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten zu verschaffen. Dabei soll eine dauerhafte und gerechte Ordnung in Europa und die Überwindung der Teilung Deutschlands in Frieden und Freiheit angestrebt werden. Kredite und Technologietransfer sind mit Zug um Zug erfolgenden politischen Gegenleistungen für die Sicherheit und Freiheit zu verbinden. Dies ist die **politische** Aufgabe der Atlantischen Gemeinschaft wie sie bereits im Harmelbericht

1967, der die Unterschrift einer CDU/CSU-geführten Regierung trägt, formuliert worden ist.

III.

Die bleibenden Ziele und die neuen Erwartungen erfordern ein erweitertes politisches Instrumentarium des westlichen Bündnisses. Gerade weil die westliche Allianz eine Wertegemeinschaft ist, wird sie durch Interessenunterschiede und Meinungsverschiedenheiten nicht in ihrer Substanz berührt. Die geistigen Fundamente tragen. Deshalb fordern wir, den Entscheidungsprozeß sowie das System der gegenseitigen Konsultation und Koordination innerhalb der Atlantischen Allianz und im besonderen zwischen den europäischen Staaten und dem amerikanischen Partner entscheidend zu verbessern und zu beschleunigen.

Darüber hinaus rufen wir die Bundesregierung und die Regierungen unserer Partner im Atlantischen Bündnis und der EG zu einer umfassenden Friedensinitiative auf, die alle Instrumente zur Förderung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern der Welt auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet ausschöpft und damit zu einer weltweiten internationalen Friedensordnung beiträgt. Die konkreten Schritte, die im Rahmen einer gesamtwestlichen Friedensinitiative unternommen werden, müssen aufeinander abgestimmt und an den übergeordneten Zielen der Sicherheit ausgerichtet werden. Dazu gehört eine bessere Abstimmung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der freien Welt. Und dazu gehört auch eine bessere Koordinierung der Wirtschaftsbeziehungen des Westens mit der Sowjetunion. Zu diesem Zweck schlägt die CDU erneut ein ständiges Organ der gegenseitigen Information und Konsultation im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Osten vor. Nur so kann die Atlantische Gemeinschaft auch diese Wirtschaftsbeziehungen wirksam in den Gesamtzusammenhang ihrer Ostpolitik einfügen und ihren Zielen nutzbar machen.

In der europäischen Gemeinschaft ist es gelungen, durch freiwilligen Zusammenschluß und Souveränitätsverzicht eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen, die Rechtsstaatlichkeit gewährleistet und solidarische Haltung zu wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten nutzt. Sie stellt der Welt ein Modell für den friedlichen Zusammenschluß von Staaten und Völkern vor, das denen Hoffnung und Beispiel gibt, die Frieden und Freiheit in einer auf die Achtung der Menschenwürde gegründeten Gesellschaft für die Menschen erstreben.

Diese unübertroffene Leistung, die wir Christliche Demokraten durchgesetzt haben, verpflichtet uns, das Begonnene fortzuführen und zu vollenden. Daher fordern wir die Bundesregierung und die Regierungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf, ihre Bemühungen um eine politische Ei-

nigung Europas zu verstärken. Auf dem Wege dahin ist die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) zu einem Instrument außen- und sicherheitspolitischer Kooperation auszubauen. Die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika wird in zunehmendem Maße davon abhängen, daß die europäischen Staaten Mitverantwortung übernehmen und ihr politisches Mitspracherecht gemeinsam ausüben. Auch müssen westeuropäische Staaten sich nach Absprache mit den USA verstärkt darum bemühen, die sowjetische Westpolitik gemeinsam zu beeinflussen.

Der Bundesausschuß der CDU fordert alle Mitglieder und darüber hinaus alle Mitbürger zu einer Offensive der Freundschaft mit den bei uns stationierten Soldaten unserer Verbündeten auf, die zusammen mit der Bundeswehr in der Bundesrepublik Deutschland ihren gemeinsamen Dienst für Frieden und Freiheit leisten. Wir fordern alle auf, die menschlichen Kontakte zu diesen Soldaten zu vertiefen, die Garnisonen zu besuchen, die Soldaten und ihre Familien einzuladen, und ihnen so das sichere Gefühl zu geben, nicht als Fremde und Ausländer, sondern als Freunde bei uns zu leben. Die Demonstration am 5. Juni 1982 soll auch Ausdruck der Sympathie und der Freundschaft mit unseren Verbündeten sein.

Wir werden auf absehbare Zeit mit der nuklearen Grenzsituation leben müssen. Sie verpflichtet uns, mit aller Kraft nach einer durchsetzbaren politischen Friedensordnung zu suchen, die die Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung nach und nach ersetzen könnte.

Aber auch bis dahin sind wir den Gefahren der nuklearen Selbstzerstörung der Menschheit nicht hilflos ausgeliefert. Wir können mit unserer Politik aktiver Friedenssicherung auch in Zukunft den Frieden bewahren, ohne unsere Freiheit zu verlieren.

So lange die Atlantische Gemeinschaft als Werte-, Friedens- und Freiheitsgemeinschaft ihre Lebenskraft entfaltet, brauchen wir keine Angst zu haben.

Helmut Kohl:

Unser klares Ja zu Frieden und Freiheit – zu wirklicher Abrüstung und Entspannung – zu unseren Freunden in Europa und Amerika

Vor der einstimmigen Verabschiedung stellte Helmut Kohl die Berliner Erklärung in den Zusammenhang mit der aktuellen politischen Entwicklung in der Welt und führte folgendes aus:

Vor den Entscheidungen, die in diesem Jahr zu treffen sind, haben wir aus gutem Grund das Thema Friedenspolitik in den Mittelpunkt unserer heutigen Bundestageparteiausschußsitzung in Berlin gestellt. Wir haben dies getan, weil wir mit großer Sorge feststellen müssen, daß Maßstäbe und Grundlagen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, die uns seit über 30 Jahren den Frieden in Freiheit garantieren, immer mehr ins Zwielficht geraten, immer mehr ausgehöhlt werden.

Wir haben dies getan, weil wir wissen, daß es dauerhaft keine erfolgreiche deutsche Innenpolitik geben kann, keine wirksame Wirtschafts- und Sozialpolitik, wenn die Fundamente weggeschwemmt werden, die unsere Sicherheit, die unseren Frieden in Freiheit nach außen sichern. Und wir haben dies getan, weil politische Gruppierungen dabei sind, einen Monopolanspruch darauf zu erheben, sie allein wüßten, was dem Frieden dient und weil diese Gruppen eine Politik betreiben, die am Ende nur zu Unfrieden und Unfreiheit führen muß.

Wir, die CDU Deutschlands, haben in den ersten 20 Jahren gemeinsam mit vielen anderen Demokraten die Fundamente gelegt, die uns in der deutschen Geschichte eine der längsten Perioden des Friedens und der Freiheit gesichert haben. Wir haben seit Gründung der Bundesrepublik, seit 1949, uns von niemandem von unserem Willen und in unserer Tatkraft für Frieden und Freiheit übertreffen lassen und wir sagen dies deutlich, wir lassen uns auch heute von niemandem von unserem Willen zu Frieden und Freiheit übertreffen.

Deshalb ist es das Gebot der Stunde, uns wieder auf die außenpolitischen Grundsatzentscheidungen zu besinnen, die seit 1949 mit der überwältigenden Mehrheit und Zu-

stimmung unseres Volkes getroffen wurden. Um unseren Frieden in Freiheit zu sichern, haben wir uns für die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die freie Welt entschieden, haben wir begonnen, die Einigung des freien Europas zu schaffen, sind wir Mitglied im Atlantischen Bündnis geworden, haben wir die enge Freundschaft mit den Vereinigten Staaten begründet und haben wir die Aussöhnung mit unseren Gegnern von gestern, ich nenne hier nur Frankreich und auch den Staat Israel, vollendet.

Diese Entscheidungen waren und sind die außenpolitische Entsprechung unserer Entscheidung für die Demokratie und für die Freiheit, für den Rechtsstaat und für den Sozialstaat, wie er im Grundgesetz verankert ist. Beides ist für uns unauflösbar miteinander verbunden.

Für uns war und ist das Atlantische Bündnis immer und zuallererst eine Gemeinschaft, die auf gemeinsamen Werten und Grundüberzeugungen beruht. Die Militärorganisation dieser Gemeinschaft hat in diesem Sinne immer nur eine dienende Aufgabe, die geistigen, die politischen und die kulturellen Gemeinsamkeiten unseres Bündnisses zu sichern.

Unsere Berliner Erklärung, die wir heute diskutieren und verabschieden, soll das Bündnis als Wertegemeinschaft, als Gemeinschaft der Freiheit und des Friedens wieder stärker ins öffentliche Bewußtsein heben. Und damit leisten wir auch einen entscheidenden Beitrag zur Erneuerung und zur fälligen Stärkung der Atlantischen Allianz.

Die Aufgabe, unsere Freiheit auch militärisch zu verteidigen, findet in diesem Selbstverständnis ihre eigentliche moralische und ethische Begründung. Friedenspolitik schließt für uns notwendigerweise den Willen und die Kraft zur Verteidigung der Freiheit ein.

Eine Gemeinschaft, und das ist die Erfahrung aus der Geschichte, die sich auf ihre gemeinsamen Werte und Grundsätze besinnt, kann Konflikte und auch Meinungsverschiedenheiten in konkreten Fragen leichter und flexibler lösen und die notwendigen Kompromisse schließen, die im Leben und in der Politik einfach notwendig sind.

Die Partnerschaft und die Freundschaft mit unseren Bündnispartnern in Europa und mit unseren Bündnispartnern in Übersee bestimmen sich damit zuallererst und auch vorrangig aus dem gleichen Verständnis politischer Prinzipien, politischer Werte und politischer Ziele. Und daraus ergibt sich dann erst in zweiter Linie die Abgrenzung etwa zur Sowjetunion und der Bedrohung, die von ihrem ideologischen Anspruch und von ihrer unübersehbaren militärischen Überrüstung ausgeht.

Die Atlantische Allianz, die sich auf ihre gemeinsamen demokratischen Werte und Prinzipien besinnt, bleibt naturgemäß militärisch defensiv, aber — das ist entscheidend — sie muß wieder mehr als in der Vergangenheit moralisch, geistig und politisch offensiv werden. Eine solche geistige und politische Offensive der freien Welt für den Frieden und die Freiheit, für Menschenrechte und Gerechtigkeit, für Sicherheit durch Abrüstung in Europa und weltweit ist überfällig. Und es gibt für uns keinen Grund, sich von den Problemen überwältigen zu lassen oder gar in Resignation zu verfallen; es gibt auch keinen Grund, angesichts der aggressiven Expansionspolitik der Sowjetunion und ihrer Überrüstung wie ein Kaninchen vor der Schlange zu erstarren und zu glauben, wir seien dieser Entwicklung wehrlos ausgeliefert.

Freiheit und Menschenrechte — das lehrt die Geschichte — setzen sich auf Dauer immer gegen Bajonette durch. Und politische und militärische Erpressung findet dort ihre Grenze, wo der Geist der Freiheit stark, wo der Wille zur Verteidigung der Freiheit ungebrochen und das Gleichgewicht der Kräfte gesichert bleibt.

Eine Politik muß ins Zwielficht geraten, wenn es Politiker gibt, die nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan plötzlich die Teilbarkeit der Entspannung entdecken; wenn es Politiker gibt, die das jetzt schon fünf Monate dauernde Kriege in Polen als das kleinere Übel verharmlosen, weil man sich mit einer sowjetischen Intervention wie mit einer schicksalhaften Situation abfinden müßte. Und weil es dennoch Politiker gibt, die die Politik der kommunistischen Einheitsparteiendiktatur in der Sowjetunion moralisch auf die Stufe mit dem demokratischen Amerika stellen.

Oft genug sind es die gleichen Politiker, die Abrüstung um fast jeden Preis fordern und gleichzeitig die Politik des Bündnisses bekämpfen, dessen erklärtes Ziel es doch ist, durch Abrüstung das Gleichgewicht der Kräfte auf einer niedrigeren Stufe wiederherzustellen. Und nichts anderes ist das Ziel des Doppelbeschlusses der NATO, zu dem wir stehen.

Wer diesen NATO-Beschluß als Ganzes oder aber in einem seiner beiden Teile zu Fall bringen will, verhindert in Wahrheit Abrüstung. Und die Folgen wären für uns alle unübersehbar.

Wir bedauern es, daß heute starke Kräfte innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dabei sind, gemeinsam mit anderen politischen Gruppen der sowjetischen Führung den Eindruck zu vermitteln, sie brauche ihre atomaren Mittelstreckenraketen nicht abzurüsten, weil der Nachrüstungsbeschluß 1983 in jedem Fall an der SPD oder am Widerstand der Straße in der Bundesrepublik scheitern werde.

Deshalb ist die CDU der bessere Garant für eine wirklich allseitige, kontrollierte und ausgewogene Abrüstung und Rüstungskontrolle als die SPD. Die Sowjetunion weiß um unsere Entschlossenheit, sie weiß, daß sie abrüsten muß, wenn der Nachrüstungsbeschluß der NATO nicht Wirklichkeit werden soll.

Weil wir abrüsten wollen, müssen wir verhindern, daß die sowjetische Führung die SPD und Teile der sogenannten Friedensbewegung als Garanten für die Sicherung ihrer militärischen Überlegenheit in Europa in ihr politisches Kalkül ziehen kann.

Wir werden in diesem und im nächsten Jahr mit einer beispielhaften Propagandaoffensive der Sowjetunion rechnen müssen. Wir werden erleben, daß brutale Drohungen genauso wie schmeichelhafte Lockangebote die Bevölkerung in ihrem Widerstandswillen in der Bundesrepublik auflösen soll. Es wird nicht zuletzt und vor allem auf uns, auf die CDU/CSU als die stärkste politische Kraft ankommen, um ein Auseinanderbrechen des westlichen Bündnisses im eigenen Land zu verhindern, um in unseren Bürgern das Vertrauen in unseren Staat und in das gemeinsame Bündnis zu erhalten.

Die letzten zehn Jahre haben bewiesen, daß die Sowjetunion unvermindert, ja sogar verstärkt auferüstet hat

— trotz der multilateralen Gewaltverzichte aller Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte von Helsinki

— trotz der zweiseitigen Gewaltverzichtsverträge der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, in Warschau, in Prag und in Ost-Berlin

— trotz der jetzt schon acht Jahre andauernden Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Mitteleuropa und der ständigen Abrüstungsverhandlungen in Genf und New York.

Die Sowjetunion hat trotz erklärter Entspannung und friedlicher Koexistenzpolitik, trotz des Einfrierens großer Bereiche westlicher Aufrüstung und der Reduktion von tausend atomaren Sprengköpfen aus Europa und trotz des einseitigen Verzichts der USA auf neue Waffensysteme unaufhörlich weitergerüstet.

Dennoch — auch vor diesen Tatsachen — werden wir weiterhin für eine Politik der Verständigung und der Abrüstung eintreten. Abrüstung und Rüstungskontrolle bleiben für uns ein wichtiger Bestandteil einer aktiven, einer offensiven Friedenspolitik.

Wir, die Deutschen, sind vor allem elementar an einem Erfolg der Genfer Verhandlungen über die atomaren Mittelstreckenraketen interessiert; wir fordern die baldige Wiederaufnahme der START(früher SALT)-Verhandlungen zwischen Washington und Moskau, und wir sind erfreut darüber, daß der amerikanische Präsident an diesem Wochenende konkrete Vorschläge angekündigt hat und die Details jetzt bekanntgegeben werden. Und wir werden dann gespannt erleben, ob die Sowjetunion es wirklich wahr macht, was sie die ganze Zeit immer wieder erklärt, ob sie bereit ist einen wirklichen Schritt zur Entspannung und zur Abrüstung zu tun.

Und wir sind auch erfreut und wir würden es begrüßen, wenn dieser Termin bald zustande käme, daß ein Gipfelgespräch zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Breschnew einen wichtigen Impuls für eine Politik des Friedens im Bereich der Verhandlungen ergeben könnte.

Die Atlantische Allianz und das freie Europa im besonderen sind aufgefordert, ihre ganze Phantasie, ihren ganzen politischen Willen und ihr entschlossenes Handeln einzubringen, um den Wahnsinn eines weltweiten Rüstungswettbewerbs zu beenden, um die Ursachen der internationalen Spannungen abzubauen, um eine Friedensordnung in Europa und weltweit aufzubauen und vor allem die Spaltung Europas und damit auch die Spaltung Deutschlands eines Tages zu überwinden. Wir wollen eine Politik betreiben, die den Menschen nützt, den Menschen in Ost und West.

Wir, die freien Völker müssen uns zu einer großen Friedensbewegung zusammenfinden, deren gemeinsame Überzeugung von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden, von Menschenwürde und Menschenrechten geistig und auch politisch stärker als bisher in die Welt ausstrahlen.

Das heißt auch, daß wir uns nicht von Wunschdenken, von bloßen Hoffnungen und gar Illusionen leiten lassen, sondern unsere Politik an den Realitäten der Welt orientieren. Und dazu gehört, daß freiheitliche Demokratie und totalitäre Diktatur, gleich, ob sie von links oder von rechts kommt, unvereinbar bleiben und sich gegenseitig ausschließen. Dazu gehört, daß wir über Aggressionsakte, wie die der Sowjetunion gegen Afghanistan, wie die Argentiniens gegen die Falkland-Inseln oder Kubas in Afrika und Lateinamerika nicht schweigend zur Tagesordnung übergehen.

Wir haben voller Betroffenheit in diesen Tagen zur Kenntnis nehmen müssen, daß dieser Krieg um die Falkland-Inseln Todesopfer gekostet hat. Und wir hoffen, daß alle am Konflikt Beteiligten sich daran erinnern, daß es ein Gebot des Friedens ist, wenn auch in allerletzter Minute, dort Frieden zu suchen. Wir hoffen und wir appellieren an

alle an diesem Konflikt Beteiligten, die internationalen Kräfteverhältnisse nicht aus dem Auge zu verlieren. Es darf nicht soweit kommen, daß am Ende Großbritannien und Argentinien, Lateinamerika und die USA und auch wir in Westeuropa die Verlierer dieser Krise sind und der eigentliche Gewinner dann die Sowjetunion sein wird.

Das Prinzip ist klar: Grundsätzlich bleibt für uns in der Union der Verzicht auf die Androhung und die Anwendung von Gewalt der beherrschende Grundsatz im Bereich der internationalen Beziehung. Die einzige Ausnahme ist das Recht auf Selbstverteidigung wie es auch in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist. Die Besetzung der Falkland-Inseln war eine völkerrechtswidrige Aggression durch Argentinien. Aber auch, wenn wir dies anerkennen, appellieren wir an beide Seiten, um den Frieden bemüht zu sein.

Zu einer solchen Friedenspolitik gehört, daß wir uns gegen Aufrüstung als Mittel der politischen und militärischen Erpressung wehren und die notwendigen Schutzmaßnahmen ergreifen und wenn es sein muß, bereit sind, die notwendigen Opfer zu bringen.

Dazu gehört auch, daß wir die Verletzung von Menschenrechten, wo immer sie erfolgen, beim Namen nennen und uns nicht mundtot machen lassen mit der Formel von der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates. Wir wissen von vielen Bürgerrechtlern in der Sowjetunion, in der DDR, in der CSSR, in Polen, in Bulgarien, in Rumänien und in Ungarn, daß sie eben nur überleben konnten, weil sich viele Menschen, die in Freiheit leben dürfen, immer wieder öffentlich für diese Menschen eingesetzt haben. Deshalb wollen wir uns nicht scheuen, ganz konkret die Namen und die Vorfälle zu nennen, die uns bekannt werden; ob es nun Lech Walesa oder Sacharow sind, um nur zwei von vielen zu nennen.

Außenpolitik für die achtziger Jahre heißt für uns deshalb zu allererst, daß wir Deutschen wieder zu einer realistischen Beurteilung der Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik zurückfinden. Unsere Einbindung in die freie Welt ist für uns unwiderrufbar. Es gibt keinen deutschen Weg der Neutralität zwischen den beiden Machtsystemen Ost und West.

Die Teilung unseres Vaterlandes, die Lage Berlins und die geopolitische Lage sind in Europa einzigartige Gegebenheiten, die uns natürliche Abhängigkeiten auferlegen, denen kein anderer Staat in der freien Welt in dieser Weise unterworfen ist.

Wir sind deshalb kein Satellit, aber wir können aus unserer Situation heraus auch kein Vermittler zwischen Weltmächten sein.

Als Kernland Europas, als starker und stabiler Partner in der Europäischen Gemeinschaft und im Atlantischen Bündnis und aufgrund unserer wirtschaftlichen Kraft können und müssen wir ein mitgestaltender Partner für eine Friedensordnung in Europa und in der Welt sein. Wir sind sogar verpflichtet dazu,

- weil wir den Frieden aktiv mitgestalten wollen
- weil wir unsere Freiheit sichern und um die Freiheit und die Menschenrechte anderer offensiv ringen müssen
- weil wir Werke des Friedens tun wollen, denn nur so werden wir als Deutsche aus der Erfahrung der Geschichte dieses Jahrhunderts gemeinsam lernen können.

Und dann wollen wir auch ein Signal geben an unsere Mitbürger in Deutschland, an jene umgehende Angst vor Kriegsgefahr, an die Unsicherheit vieler unserer Mitbürger, die wir als Realitäten erkennen müssen. In der Politik sind auch Ängste Realitäten. Aber wir wollen aus der gesicherten Überzeugung des richtigen Weges in der Geschichte unseren Mitbürgern zurufen: Angst ist immer ein schlechter Ratgeber im persönlichen Leben, wie im Leben der Völker, in der Politik.

Mit einem Wort: Lassen Sie uns wieder gemeinsam auf die geistige und politische Kraft der Gemeinschaft freier Völker besinnen, auf die Gemeinschaft, die wir im Atlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossen haben,

— lassen Sie uns mit den Demokraten, mit den freien Bürgern einer freien Welt gemeinsam für den Frieden in Freiheit in Europa und weltweit arbeiten.

Das ist der Sinn der Berliner Erklärung. Und in diesem Sinne rufe ich Sie alle auf, gemeinsam mit ihren Familien, mit ihren Frauen, mit ihren Kindern, mit ihren Männern, zur großen Demonstration am 5. Juni nach Bonn zu kommen.

Wir wollen einen neuen Beginn wagen.

Wir wollen wieder ein Datum setzen, daß wir für etwas und nicht gegen etwas in Deutschland demonstrieren.

Wir wollen mit dieser Demonstration ja sagen zu unserer Bundesrepublik Deutschland, zu unserer freiheitlichen Verfassungsordnung, zu unserer Vorstellung von Frieden und Freiheit und von wirklicher Abrüstung und Entspannung.

Wir wollen ein klares Ja aussprechen zu unseren Freunden in der Welt; allen voran zu den Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika, zu unseren Freunden in Europa und ein klares Ja zum Bau der Vereinigten Staaten von Europa.

Wir wollen sagen ein Ja zu den Menschenrechten und zur sozialen Gerechtigkeit in der Welt.

Mit über hunderttausend Mitbürgern werden wir in Bonn und mit vielen, vielen Mitbürgern gemeinsam mit den Freunden der CSU am gleichen Tag in München ja sagen zu unserer Bundesrepublik. Und dazu darf ich Sie herzlich einladen, aus allen Städten, Dörfern und Gemeinden nach Bonn zu kommen, um deutlich zu machen:

Das ist die Bundesrepublik Deutschland, wie unsere Freunde sie in Jahrzehnten kennen, wie das auch in Zukunft bleiben soll.